

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

7.9.1927 (No. 207)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 963
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. K. Seyfried
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederverholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die in den Anzeigenblättern der Zeitung veröffentlicht werden, sind die Anzeigen im Voraus zu bezahlen. Die Zeitung wird in den Anzeigenblättern der Zeitung veröffentlicht. Die Zeitung wird in den Anzeigenblättern der Zeitung veröffentlicht. Die Zeitung wird in den Anzeigenblättern der Zeitung veröffentlicht.

Verbesserung der Landstraßen

Eine Zuschrift aus dem Ruhrgebiet, die für den Teerstraßenbau eintritt, führt auf:

Auf den Arbeitsprogrammen der Stadtverwaltungen, Ausschüsse der städtischen, Kreis-, Provinz- und Landesparlamente steht heute der Straßenbau in vorderster Linie. Überall, landauf, landab, ist das Straßennetz mehr oder weniger ausgebaut bzw. verbesserungsbedürftig. Über nur ein Teil der dringlichsten Aufgaben kann durchgehend werden, weil es an Geld fehlt. Der Teerbaubezugener muß deshalb auch bei der Wahl des Straßenbauverfahrens immer das Auge auf den Geldbeutel richten. Er möchte vielfach, besonders in Gegenden mit sehr starkem Verkehr, nur Graßsteinpflaster verwenden, aber die Kosten dafür sind viel zu hoch, fast doppelt so hoch wie für Kleinsteinpflaster, Balzaspflaster, Guckaspflaster oder Beton. Bei Anwendung dieser Verfahren kostet der Quadratmeter etwa 10 bis 12 M. Auch dieser Satz ergibt bei größeren Projekten Summen, die gleich in die Hunderttausende gehen. Dazu treten die Kosten für Bergung und Amortisierung des Anlagekapitals sowie die Unterhaltungskosten, die natürlich auch große Beiträge verschlingen.

Fachkreise wenden deshalb immer mehr ihre Aufmerksamkeit dem Teerstraßenbau zu, der bei richtiger Anwendung billiger ist als alle anderen Verfahren, überall leicht und schnell für große und kleine Strecken durchgeführt werden kann und in bezug auf Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit allen Anforderungen genügt. Gerade im Hinblick auf diese Tatsache, daß der Automobilverkehr noch fortgesetzt zunehmen wird, ist der Teerstraßenbau empfehlenswert. Die Gummireifen der schnell fahrenden Kraftwagen saugen Sand, Kies und Splitt aus den Oberflächen der Straßen (vornehmlich auf dem Lande) und lockern so die feste Lage der Schotterdecke. Das ist der Beginn der Zerstörung, die nach dem ersten Hoch fortgeschreitet. Bei Verwendung von Teerpräparaten wird diese Saugwirkung aufgehoben.

Diese Eigenschaften des Teerbelags, ferner noch der Umstand, daß seine schnelle Herstellung die so unangenehm empfindlichen Straßenverengungen auf ganz kurze Zeitpausen beschränkt, sowie die Tatsache, daß er auch eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der Staubplage ist, hat seit Jahren in anderen Ländern zu einer großen Verbreitung des Teerstraßenbaus geführt. England verbraucht z. B. im vorigen Jahre weit über 300 000 Tonnen Straßenteer. Die Schweiz besitzt schon seit etwa 20 Jahren durchweg aus deutschem Material hergestellte geteerter Schotterstraßen, die sich ausgezeichnet bewährt haben. Die Statistik beweist jedoch, daß die deutschen Städte und Kreise sich nur zögernd dem Teerstraßenbau zuwenden, obwohl ihre Hindertanten längst hinter sich haben und heute einen hohen Grad technischer Vollkommenheit besitzen, der ihn den anderen oben erwähnten Verfahren durchaus überbietet an die Seite stellt. Von größter Bedeutung ist die Verwendung des Teers für das große Landstraßennetz Deutschlands, das schätzungsweise eine Länge von 250 000 Kilometer darstellt und in weitem Umfange ausgebaut und verbesserungsbedürftig ist. Hier könnte durch eine einfache Oberflächenteerung vielfach für eine Reihe von Jahren eine entscheidende Besserung herbeigeführt werden, die nur geringe Kosten verursachen würde.

Wenn die Frage, ob Asphalt-, Beton- oder Teerstraßen vorzuziehen sind, zur Debatte steht, so fällt zugunsten der Teerstraße ein Umstand schwer ins Gewicht: Bei allen anderen Verfahren sind ausländische Erzeugnisse notwendig, Teer aber ist ein rein deutsches Erzeugnis. Einfuhr aus dem Ausland belastet aber unsere ohnehin sehr schwache Handels- und Zahlungsbilanz. Der deutsche Bergbau wird, nachdem der englische Streik vorbei ist, in Zukunft wieder hart um seine Existenz zu kämpfen haben. Da ist es von umso größerer Bedeutung, die Absatzprodukte der Kohlebergwerke reißlos zu verwerten. Je mehr Kohlen der Gewinnung von Nebenprodukten zugeführt werden, desto weniger Kohlen brauchen auf die Halden geworfen zu werden, desto weniger Feierschichten, desto weniger Entwürfe sind notwendig. Pech, der nutzlose Rückstand beim Teer, kann die Rentabilität der deutschen Schwerindustrie, besonders in dem von Absatzschwierigkeiten besonders stark betroffenen Ruhrgebiet, entscheidend beeinflussen, wenn er in Form von Straßenteer und Teerpräparaten, für dessen Herstellung die deutsche Großindustrie die besten Einrichtungen besitzt, weitgehende Verwendung findet.

Je billiger die Bauweise, um so mehr Straßen können hergestellt, um so mehr mühsige Hände also beschäftigt werden. Dazu kommt noch, daß die Hochofenschlacke zum größten Teil einen vorzüglichen Straßenschotter abgibt, der mindestens so gut, aber billiger ist wie die sonstigen Backlagen. Alle Straßenaufwässer, Ausschüsse und Parlamente sollten sich die vorstehend angeführten Gesichtspunkte vor Augen halten, wenn sie über Straßenbauverfahren Entscheidungen treffen.

Strefemann und die Frankfurterfrage. Zu der Meldung einer Berliner Zeitung, daß der Reichsaussenminister in Sachen der Enquete-Kommission wegen der Frankfurterfrage umgefallen sei, wird aus Berlin mitgeteilt, daß eine Entscheidung in dieser Frage noch nicht gefallen ist, auch könne das Ergebnis der Verhandlungen noch nicht voraussichtlich werden. Von einem Umfall des Reichsaussenministers zu sprechen, gehe schon darum nicht an, weil die Initiative von Belgien ausgegangen sei.

Zwischenfälle an der ostpreussischen Grenze. Gestern Abend landete ein polnisches Militärflugzeug im Kreis Marienwerder. Der Apparat wurde bei der Landung stark beschädigt. — Sonntag Abend überschritt bei Garnsee eine polnische Patrouille die deutsche Grenze. Der Beobachtung Westpreußens hat sich infolge der Häufigkeit der Grenzverletzungen eine starke Erregung bemächtigt.

Die Genfer Völkerverbundtagung

Die Generaldebatte über den Jahresbericht

Begann Dienstag nachmittag mit der Ankündigung des Vorsitzenden, daß sie bis Samstag zu Ende geführt werden solle. Der italienische Senator Cippico gab ein Angebot der italienischen Regierung bekannt, wonach diese sich erbietet, ein internationales Lehrfilminstitut mit Sitz in Rom als Völkerverbundseinrichtung zu stiften, diesem Institut einen der historischen Paläste Roms zur Verfügung zu stellen, und es auf eigene Kosten zu unterhalten.

Von politischer Bedeutung war die Rede des holländischen Außenministers Bogaart van Blonk. Er ging die verschiedenen Arbeiten der Völkerverbundtagung des Jahres durch und hob dabei insbesondere die Bedeutung der Wirtschaftskonferenz hervor, dann prüfte er auch die von verschiedenen Seiten geübte Kritik am Völkerverbund und stellte zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage folgende Resolution: „In der Überzeugung, daß es, ohne die Diskussionen über das Genfer Protokoll von 1924 wieder aufzuheben, wünschenswert erscheint, die Grundzüge des Protokolls neu zu studieren in der Erwägung, daß es von der größten Bedeutung ist, daß die Völkerverbundversammlung die Arbeiten der Vorbereitenden Abrüstungskommission fördert, beschließt die Versammlung, die zuständigen Kommissionen mit dem Studium der Hauptprinzipien des Protokolls und der Schlussfolgerungen des Berichts der Vorbereitenden Abrüstungskommission zu beauftragen.“ Die Rede fand in den meisten Vänten, besonders natürlich bei denen kleineren Nationen, lebhaften Beifall.

Vor Schluß der Sitzung verlas Präsident Guanol ein vom Reichsaussenminister Dr. Strefemann als Führer der deutschen Delegation an ihn gerichtetes Schreiben, in dem zur Kenntnis gebracht wird, daß die fünf Reichstagsabgeordneten, Graf Bernstorff, Dr. Weitzel, Prof. Börsch, Dr. Altmann und Freiherr v. Heintze als Ersatzdelegierte an den Arbeiten der Völkerverbundversammlung teilnehmen.

Der belgische Außenminister Vandervelde hat unter Berufung auf die entsprechenden Artikel des Reglements für die Wahl der nichtständigen Mitglieds der Delegation auf Auspruch der Wiederwahlaktion Belgiens auf weitere zwei Jahre gestellt. Die Völkerverbundversammlung wird an einem noch zu bestimmenden Tage über die Wahlbarkeit Belgiens abstimmen.

Der Wortlaut des polnischen Vorschlages

WVA. Genf, 7. Sept. (Tel.) Der Führer der polnischen Delegation, Szkal, hat gestern Abend Briand in einer besonderen Besprechung und der Vertreter der kleinen Entente und einiger drittlicher Staaten den Wortlaut der polnischen Initiative bekanntgegeben. Der polnische Resolutionsentwurf geht von einer Empfehlung der letztjährigen Völkerverbundversammlung auf erweiterte Anwendung von Schiedsverträgen ab, die in Locarno abgeschlossen sind und erklart dann jeden Schritt als „außer den Grenzen“ stehend. Mit dieser Formel werde eine Verabhandlung des Art. 15 des Völkerverbundpaktes gedacht, der in einem Konfliktfall, über den kein einstimmiger Spruch des Völkerverbundrates erreicht werden kann, den Vänten die Berechtigung zur Ergreifung solcher Maßnahmen gibt, die ihnen für die Verteidigung ihres Rechtes notwendig erscheinen.

Aber die neue polnische Formel fand am gestrigen Abend auch bereits ein Gedankenaustrausch zwischen der englischen und französischen Delegation statt.

Die „Polnische Tel.-Ag.“ hatte gestern angekündigt, daß die polnische Delegation in der Völkerverbundtagung des Völkerverbundes die Idee eines allgemeinen Nichtangriffspaktes zur Erörterung stellen werde. Dieser Punkt stelle eine Erweiterung der Völkerverbundtagung dar, die aus den internationalen Beziehungen einen Krieg nicht vollkommen ausschliesse. Einem solchen allgemeinen Nichtangriffspakt könnten alle Mitglieder des Völkerverbundes beitreten, allenfalls auch Staaten, die nicht zum Völkerverbund gehören.

Nach Wittermeldungen aus Genf antwortete gestern der englische Außenminister Chamberlain auf Fragen britischer Pressevertreter: Es bestעה mit Bezug auf die Grenzen Ost- und Westeuropas örtliche Vereinbarungen, durch die die in Betracht kommenden Parteien die feierliche Zusage geben, zu keinem Angriff überzugehen. Ich kann mir nicht vorstellen, welche weitere Sicherheit durch irgendein neues Abkommen gegeben werden würde und bin der Ansicht, daß es der Gipfel der Unklugheit sein würde, den Anschein zu erwecken, als ob man die Stärke der Sicherheiten unterschätzt, die wir bereits besitzen, indem man neue schafft, die im wesentlichen nichts hinzufügen und tatsächlich die anderen beeinträchtigen würden. Zur Abrüstungsfrage erklärte Chamberlain, es sei schwierig, im gegenwärtigen Augenblick etwas zu sagen. Die Haltung der britischen Regierung bleibe unverändert. Großbritannien habe ein Beispiel gegeben, als es seine Landstreitkräfte bis zur äußersten Grenze beschränkt habe, die mit seinen Verpflichtungen vereinbar sei. Was die Seeabrüstung betreffe, so würde England die in Washington vereinbarten Beschränkungen gern auch auf die nicht von diesem Abkommen berührten Schiffe ausdehnen sehen. Es sei eine große Enttäuschung gewesen, daß die kürzliche Genfer Flottenkonferenz keine Vereinbarung erzielen konnte. Aber dieser Mißerfolg könnte doch noch ein gutes Ergebnis haben, indem er zwischen den beteiligten Nationen ein besseres Verständnis ihrer gegenseitigen Bedürfnisse schuf. Sie könnten sagen, daß sie jetzt einer Vereinbarung näher seien als vor der Konferenz. Chamberlain fügte hinzu: Die erste Pflicht des Völkerverbundes ist die Aufrechterhaltung des Friedens. Die Beschränkung der Rüstungen ist nur wichtig, soweit sie dazu dient, den Frieden aufrechtzuerhalten. Ich bin

stets mit Lord Cecil der Ansicht gewesen, daß ein Fortschritt nur langsam sein kann. Wahrscheinlich werden zahlreiche Konferenzen stattfinden, bevor wir das Maß von Abrüstung erzielen, das wir gern sehen würden. Moralische Abrüstung ist die Quintessenz jeglicher Abrüstung. Ich bin gegen die Art feierlicher Urgebude, die fordert, daß wir etwas tun, ohne zu wissen, was zweckdienlicherweise getan werden kann.

Politische Neuigkeiten

Australische „gute Lehren“ für Deutschland

Die australische Öffentlichkeit pflegt gewöhnlich ihren Ton in internationalen Fragen den Ansichten der konservativen englischen Blätter anzupassen. Das war auch der Fall im britisch-russischen Konflikt, den man ganz im Rechte eines Kampfes zwischen Humanität und Barbarei aufgefaßt sehen will. In Übereinstimmung damit wird Großbritannien als der Bannträger der europäischen Zivilisation im Ringen mit den dunklen Mächten eines barbarischen kulturell feindseligen Asientums hingestellt. Dabei wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die anderen Mächte diesem Bannträger unbedingt Gefolgschaft leisten werden. Insbesondere bezieht man sich in diesem Zusammenhange mit Deutschland, das die Wahl habe, sich entweder zu der christlichen Kulturwelt zu halten (die im Weltkriege unultimierte und halbkulturbierte, Mohammedaner und Heiden gegen die Mittelmärkte aufgezogen hat, D. N.) oder aber sich der asiatischen Barbarei zu verschreiben. Die Wahl könnte nicht schwer sein, wenn man bedenke, daß die Weltmächte die Fragen der Abenteurerbetriebe und der Davauszahlungen überprüfen würden, wenn sich Deutschland ihnen anschließe. Gleichzeitig glaubt man aber Deutschland zur Bescheidenheit mahnen zu müssen, indem es darauf hingewiesen wird, daß es den Gedanken an eine Revision seiner Ostgrenze aufgeben müsse, denn die Wiederherstellung Bolens in seinen historischen (?) Grenzen sei ja die Erfüllung eines seit Jahrzehnten von den Westmächten gehegten Wunsches gewesen (den Frankreich aber geschickt zu verbergen wußte, solange es mit dem zaristischen Rußland verbündet war, N. D. N.).

Ende der Ministerferien

Die noch auf Urlaub befindlichen Reichsminister werden fast alle im Laufe der nächsten Tage wieder nach Berlin zurückkehren, so daß das Kabinett mit Beginn der nächsten Woche wieder einigermaßen vollzählig sein wird. Reichszentraler Dr. Metz trifft am Donnerstag morgen, Reichsfinanzminister Schäfer am 10. September, Reichsjustizminister Berg am 9. September, Reichsverkehrsminister Koch Ende des Monats, Reichsarbeitsminister Brauns Ende dieser Woche in Berlin ein. Reichspostminister Schüll beendete gestern Abend, Reichsinnenminister v. Reubell heute früh den Urlaub. Augenblicklich in Berlin sind die Minister Curtius und Gester. Der Reichswehrminister wird sich aber demnächst zu den Vändern begeben. Reichsfinanzminister Dr. Röhler, der sich gestern Abend zum Genossenschaftstag nach Köln begab, wird am morgigen Donnerstag die Spitzenverbände der Beamenschaft empfangen, um mit ihnen über die Befolgdungsreform zu verhandeln.

Ob Dr. Strefemann Ende der Woche eigens aus Genf zu einer Kabinettbesitzung nach Berlin kommen wird, ist noch unbestimmt. Die Reise, die für Freitag angefangen war und, wie wir berichtet wurde, lediglich der Kabinettberatung über die Befolgdungsreform gelten sollte, ist durch den Verlauf der Dienstag-Sitzung der Völkerverbundversammlung und ihren möglichen Einfluß auf den Verlauf der kommenden Debatte wieder etwas in Frage gestellt worden. Nach den ursprünglichen Dispositionen sollte diese Debatte im Laufe dieser Woche abgeschlossen werden und dem Reichsaussenminister Gelegenheit geben, noch vor Freitag dieser Woche zu Worte zu kommen. Ob sich dieser Plan nunmehr unverändert durchführen läßt und ob nicht auch im weiteren Verlauf der Generaldebatte ein Eingreifen von deutscher Seite notwendig wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen.

Zentrum und bayerische Volkspartei

Die bayerische Landesvorstandschafft der Deutschen Zentrumspartei in München teilt mit: Die Landesvorstandschafft der Deutschen Zentrumspartei in Bayern rechts des Rheins hat in einer Sitzung vom 4. Sept. u. a. auch zu den schwebenden Verhandlungen zwischen Zentrum und Bayer. Volkspartei Stellung genommen. Hierbei wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß diese Verhandlungen in kürzester Frist zum Abschluß kommen. Zur Vorbereitung der Wahlpropaganda für das Frühjahr 1928 wurden entsprechende Maßnahmen getroffen. Im Gegenfatz zu der von einem maßgebenden Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei vertretenen Auffassung, daß die Erhaltung einer überwiegenden bayerischen Regierungspartei, welche kein Schwanzstück irgend einer großen allgemeinen deutschen Partei ist, sondern über ein weitgehendes Maß von Unabhängigkeit in der Wahrung der bayerischen Interessen verfügt, notwendig sei, hält die Landesvorstandschafft der Deutschen Zentrumspartei in Bayern rechts des Rheins die Wiederherstellung der politischen Einheit der deutschen Katholiken für dringend geboten.

Die Herbsttagung des Reichstags. Auf der Tagesordnung der für heute nachmittag 4 Uhr angefahten Sitzung des Rätepräsidiums des Reichstages steht neben der Festsetzung des Zeitpunktes des Zusammentritts des Reichstages auch die Frage, welche Gegenstände in der kurzen Herbsttagung beraten werden sollen. Nach wie vor rechnet man mit einer Tagungsdauer von 14 Tagen. Die Winterfession des Reichstages wird, wie üblich, Mitte November beginnen.

